

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan Telefon (075) 237 51 51 Fax Redaktion (075) 237 51 55 Fax Inserate (075) 237 51 66 Amtliches Publikationsorgan 1.00 Fr.

AKTUELL

Österreich nähert sich der Nato an

Österreich und die Nato haben am Donnerstag in Wien ein Abkommen unterzeichnet, das die Anwesenheit ausländischer Truppen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden regelt. Die Zeit der Berührungsgänge mit der Nato sei vorbei, sagte Ausenminister Wolfgang Schüssel nach einem Gespräch mit Nato-Generalsekretär Javier Solana. Österreich werde nach dem Nato-Gipfel in Madrid im Juli seinen Standort in der europäischen Sicherheitsarchitektur neu definieren. Es ist der erste Be-



Nato-Generalsekretär Javier Solana (links) und Österreichs Ausenminister Wolfgang Schüssel unterzeichnen gestern ein Abkommen im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden.

such eines Nato-Generalsekretärs in Österreich. Solana traf auch mit Bundeskanzler Franz Vranitzky und Bundespräsident Thomas Klestil zusammen. Österreich war 1995 der Partnerschaft für den Frieden beigetreten. Zur Frage der Ost-Erweiterung der Nato sagte Solana, das Bündnis werde noch vor dem Madrider Gipfel seine Beziehungen zu Russland vertiefen. «Wir wollen so schnell wie möglich eine bilaterale Verbindung aufbauen», sagte Solana.

Frauen müssen nicht einrücken

Die Schweizer Frauen müssen auch künftig nicht in den Dienst einrücken. Der Bundesrat verzichtet auf die Einführung einer obligatorischen Dienstpflicht für Frauen. Gemäss den Empfehlungen einer Studienkommission soll in der Schweiz auch keine allgemeine Dienstpflicht für Gemeinschaftsaufgaben geschaffen werden. Der Bundesrat hatte 1992 eine Studienkommission beauftragt zu prüfen, ob die Wehr- und Schutzpflicht durch eine allgemeine Dienstpflicht oder eine Gesamtverteidigungsdienstpflicht abzulösen sei und ob die Frauen einzubeziehen seien. Zurzeit und in absehbarer Zukunft bestehe kein Bedarf, die Rekrutierungsbasis der bestehenden Dienstpflichtorganisationen durch den Einbezug von Frauen wesentlich zu erhöhen, kommt die von der Waadtländer FDP-Nationalrätin Christiane Langenberger präsidierte 27köpfige Kommission zum Schluss.

Mütter, Väter und Kinder freuen sich

Höhere Kinderzulagen werden in diesen Tagen erstmals ausbezahlt – Erfolgreiche Initiative der FBPL

(G.M.) – Mütter, Väter und Kinder freuen sich dieser Tage – ins Haus kommen höhere Kinderzulagen. Mit einer formulierten Initiative hatte die FBPL-Fraktion schon im Sommer 1996 eine Anhebung der monatlichen Zulagen gefordert. Im vergangenen Herbst stimmte der Landtag dem Vorstoss zu. Die Auszahlung der erhöhten Kinderzulagen erfolgt erstmals für den Januar 1997.

«Der Erziehungsarbeit der Eltern kommt in unserer Gesellschaft eine grosse Bedeutung zu», argumentierte die FBPL-Fraktion bei der Lancierung des Vorstosses zur Erhöhung der Kinderzulagen. Auch wenn diese Kinderzulagen nur einen kleinen Beitrag an die tatsächlichen Kosten der Erziehungsarbeit darstellen, seien sie doch für viele Familien und Alleinerziehende wichtig.

Die FBPL-Abgeordneten schlugen eine Erhöhung der Kinderzulagen um 20 Franken vor, weil die Zulagen letztmals im Frühjahr 1994 angepasst worden waren. Die Finanzierbarkeit der Kinderzulagen erachteten die Familienpolitiker als gegeben, weil der Fonds der Familienausgleichskasse zum damaligen Zeitpunkt einen Stand von fast 80 Millionen Franken erreicht hatte. Überdies würden die Einnahmen des Fonds trotz einer kurz zuvor vorgenommenen Reduktion des Beitragssatzes der Arbeitgeber über den jährlichen Ausgaben liegen.



Mütter, Väter und Kinder freuen sich – dank einer FBPL-Initiative gibt es höhere Kinderzulagen. (Archivbild)

Nach dieser Erhöhung beträgt die nun dieser Tage ausbezahlte Kinderzulage für jedes Kind monatlich 230 Franken. Sobald ein Kind das 10. Altersjahr

erreicht hat, erhöht sich die Zulage auf 280 Franken. Wenn eine Familie Zwillinge oder mehr als zwei zulagenberechtigte Kinder hat, beträgt die Kinderzulage ebenfalls 280 Franken.

Die FBPL-Fraktion war sich bei ihrem erfolgreichen Vorstoss bewusst, dass die vorgeschlagene lineare Erhöhung der Kinderzulage in sozialpolitischer Hinsicht eine gewisse Problematik aufweist: Gutverdienende Eltern sollten eigentlich nicht im gleichen Ausmass in den Genuss dieser Familienförderung kommen wie Familien mit einem schmalen Einkommen. Um der Initiative zum Durchbruch zu verhelfen, würde jedoch dieser einfachste und schnellste Weg der linearen Erhöhung gewählt, die Regierung aber gleichzeitig eingeladen, Abklärungen über ein sozialpolitisch gerechteres System vorzunehmen.

Die Regierung war in der relativ kurzen Zeit der parlamentarischen Behandlungsdauer der FBPL-Initiative nicht in der Lage, diesbezüglich einen Antrag zu unterbreiten. Zur Diskussion stehen für die nähere Zukunft die Abklärungen über einkommensabhängige Ergänzungsleistungen zu den Familienzulagen. Dieser Zusatz könnte auf die Bedürfnisse der einzelnen Bezüger abgestimmt werden, was sozialpolitisch zweifellos wünschbar wäre, wie Landtag und Regierung gleichermaßen betonten.

KOMMENTAR

Die VU tut was. Die beim «Vaterland» auch. Manche haben sogar so viel zu tun, dass sie noch Zeit haben, sich Gedanken zu machen, was andere tun. Das ist eine schöne Sache, vor allem weil man sich beim Gedankenmachen so phantasievolle und kreative Geschichten, ja sogar Bössigkeiten, ausmalen kann. Oder was glauben Sie, wieviel Zeit man haben muss, um sich auszudenken, dass der Regierungschefkandidat Thomas Büchel plötzlich zum Parteisekretär mutiert sein sollte? Die Zeit kann man dem Chefredaktor vom «Vaterland» durchaus gönnen und seine journalistischen Fähigkeiten sollen

Zu nahe an den Bürgern?

auch nicht in Frage gestellt werden. Kreativität braucht es ja in diesem Beruf. Äusserst fraglich ist jedoch, dass erfundene – oder soll man es besser an den Haaren herbeigezogen benennen? – Geschichten plötzlich als Faktum verkauft werden. Ist das nun die neue Berufsethik oder gängige Politikultur? Schade, wenn Thomas Büchel als Sekretär bezeichnet wird, weil er während seiner Amtszeit immer darauf bedacht war, den Kontakt mit den Bürgern zu suchen und dies nun auch während der Wahlzeit tut. Bürgernähe sollte in der Politik eigentlich geschätzt und nicht als unterschwelliger Vorwurf benutzt werden, die Regierungsarbeit würde dadurch leiden. Der Kontakt zum Bürger ist im Gegenteil eine Bereicherung für Politiker oder sollte es zumindest sein. Dann würde mal im Sinne vom Volk gehandelt!

Tina Kaufmann

Den Tibetern in Liechtenstein eine Zukunft öffnen

Überreichung einer Bittschrift an Regierungschef Dr. Mario Frick gestern nachmittag

(gh) – Gestern überreichte eine Delegation von Schülern, Eltern und Lehrern der Realschule Balzers im Regierungsgebäude eine Botschaft an Regierungschef Dr. Mario Frick, deren Inhalt unmissverständlich war: «Lasst die Tibeter in unserem Land! Nur hier haben sie eine Zukunft. Eine Rückschaffung führte sie in Tod und Verderben.»

Dazu sagte uns Wilfried Vogt, Schulleiter der Realschule Balzers: «In unserer Abschlussklasse sind zwei Tibeterrinnen. Sie müssen jetzt ins Berufsleben. Wir fühlen uns auch für die ausserschulische Zukunft unserer SchülerInnen verantwortlich. Bei den Tibeterrinnen, deren Aufenthaltsgenehmigungen nur provisorisch sind, ist diese Zukunft besonders unsicher. Sie haben sich sehr gut bei uns eingelebt, zeigen einen ungebrochenen Willen, unsere Sprache und Kultur noch besser kennenzulernen: Ihre einzige Perspektive in einem Leben, das sie abrupt von den eigenen Wurzeln getrennt hat. Solidarität gehört zu unserem humanistischen und christlichen Verantwortungsbewusstsein. Liechtenstein will sich international profilieren; dazu gehört, gerade weil es ein Land ohne Waffen ist, einen Beitrag für den Frieden zu leisten, eine für die Zukunft aller Menschen in unserem Land akzeptable Lösung zu finden.»



Gestern überreichte eine Delegation von Schülern, Eltern und Lehrern der Realschule Balzers Regierungschef Dr. Mario Frick eine Botschaft, die den Tibetern ein Verbleiben in Liechtenstein sichern soll. (Bild: vito)

Mario Frick, überrascht, dass so viele, nämlich 18 Menschen, die Petition überreichten, begrüßte die Solidarität der Bevölkerung und den Idealismus, mit dem sie sich für die AusländerInnen im Land einsetzt. Er bestätigte, dass es zwar

in den nächsten zwei bis drei Monaten zu einer definitiven Entscheidung kommen werde, er aber im Moment nichts versprechen könne, ausser der Regierung «eins zu eins» diese Petition zur Kenntnis zu geben.

Kennzeichnung von Gen-Produkten verabschiedet

Gegen den Widerstand von Verbraucherschützern – Rexrodt und Seehofer zufrieden

Strassburg (AP) Das Europaparlament hat am Donnerstag eine Kennzeichnungspflicht von gentechnisch veränderten Lebensmitteln verabschiedet, die allerdings eine Reihe von Ausnahmen zulässt. Die Verordnung über neuartige Lebensmittel sieht vor, dass beispielsweise veränderte unverarbeitete Agrarprodukte wie Tomaten, Sojabohnen oder Mais gekennzeichnet werden müssen, nicht aber ein Teil der daraus hergestellten Produkte.

Während Verbraucherschützer den Beschluss kritisierten, sprach Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt von einer praktikablen und vernünftigen Lösung, die den Interessen der Verbraucher

nach Information gerecht werde. Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer nannte die Entscheidung einen «grossen Sieg für den Verbraucherschutz». Er versicherte, es würden nur Produkte genehmigt, die gesundheitlich unbedenklich seien. Die «umfassende Kennzeichnung» sei keineswegs ein Warnhinweis, sondern die Grundvoraussetzung für Akzeptanz und Vertrauen der Bevölkerung.

Nach der sogenannten Novel-Food-Verordnung unterliegen gentechnisch veränderte Lebensmittel jetzt einem Zulassungsverfahren, in dem Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt geprüft werden. Die sozialdemokratische Europaabgeordnete Dagmar Roth-Behrendt

erklärte, die Verordnung erfülle alle Verbraucherforderungen nach ausreichender Information auf Etiketten. Sie wurde mit 339 Ja-Stimmen gegen 60 Nein-Stimmen bei fünf Enthaltungen verabschiedet.

Die Grünen-Abgeordnete Hiltrud Beyer sprach dagegen von einem Betrug an der Mehrheit der Verbraucher, die einen schärferen Schutz wolle. In einer Erklärung des Bundes für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) und den Neufarm-Reformhäusern wurde darauf verwiesen, dass die meisten Produkte aus gentechnisch veränderten Rohstoffen auch in Zukunft nicht gekennzeichnet würden.

SBG suspendiert Konzernarchivar

Zürich (AP) Der SBG-Konzernarchivar ist wegen der Vernichtung von Akten der SBG-Tochter Eiba suspendiert worden. Sanktionen liess SBG-Sprecherin Gertrud Erismann-Peyer am Donnerstag vorerst offen. Bankenkommission und Bankiervereinigung erwägen Präziserungen zum Aktenvernichtungsverbot.

Die bankinternen Untersuchungen und Abklärungen gegen den Konzernarchivar der Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG), Vizedirektor Erwin Hagenmüller, sind noch nicht abgeschlossen, wie Erismann auf Anfrage der AP sagte. Er hatte letzte Woche alte Akten der Eidgenössischen Bank (Eiba) vernichten lassen, laut SBG alte Kredit- und Sitzungsprotokolle, die unter historischen Gesichtspunkten aussortiert worden seien; es habe keine Kundendokumente darunter gehabt. Allfällige personalrechtliche Sanktionen sind laut Erismann vor Abschluss der Untersuchungen offen. Hagenmüller sei aber am vergangenen Dienstag suspendiert worden.

Die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) hat nach mündlicher Orientierung durch die SBG von dieser einen schriftlichen Bericht über das Untersuchungsergebnis verlangt, wie EBK-Direktor Daniel Zuberbühler auf Anfrage sagte. Die bankgesetzliche Revisionsstelle werde danach prüfen müssen, ob der Sachverhalt von der Bankgesellschaft richtig dargestellt worden sei. Ob sich Massnahmen gegen die Bank aufdrängen, werde sich dann zeigen. «Vorerst warten wir ab», sagte Zuberbühler. Auch die strafrechtliche Untersuchung des Vorfalls war am Donnerstag weiterhin im Gange.

Oh Happy Days!
Bis 70% Rabatt!

HANNELORE
MODISCH AKTUELL

Im Zentrum Kaufin, Schaan